

ÖAAB-Gajdosik zu Tumpel: Nicht Staatsinterventionismus, sondern richtige Rahmenbedingungen sind notwendig!

(Wien, 24.11.2003) Mit Verwunderung reagierte heute der Vizepräsident der Wiener Arbeiterkammer und Fraktionsobmann der Fraktion "ÖAAB-Christliche Gewerkschafter" Alfred Gajdosik auf die Aussagen von AK-Präsident Herbert Tumpel zum Thema Jugendbeschäftigung von diesem Wochenende! "Der Ruf nach Staatsinterventionismus ist völlig unangebracht! Wir leben schließlich in einer Marktwirtschaft und da müssen die Arbeitsplätze durch die Unternehmen geschaffen werden. Der Politik fällt die Aufgabe zu, sozial- und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen. Präsident Tumpel sollte diese Grundprinzipien berücksichtigen, wenn er in die Medien geht," so Gajdosik.****

Er verwies in diesem Zusammenhang nochmals auf die Arbeitsstiftungen, die von Seiten der Bundesregierung geschaffen worden sind. "5.000 Stellen für Jugendliche wurden damit durch die öffentliche Hand geschaffen. Jetzt sind die Arbeitgeber am Zug. Sie sollten dem Beispiel Folge leisten und für mehr Beschäftigung sorgen," erklärte der AK-Vizepräsident dazu.

Und Gajdosik abschließend: "Wir als Gewerkschafter sollten vielmehr gemeinsam auf die Arbeitgeber einwirken, damit diese auch Arbeitsplätze und Ausbildungsstellen schaffen. Andauernd auf die Bundesregierung eindreschen wird den arbeitssuchenden Menschen in diesem Land mittel- und langfristig nichts bringen! Das sollte der AK-Präsident nicht vergessen!"

~

Rückfragehinweis: ÖAAB-Landesgruppe Wien
401 43/230
www.oeaab.at/wien

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0084 2003-11-24/11:37

~

241137 Nov 03

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20031124_OTS0084